

Herr Dr. *Ehard* war zu keinerlei Verhandlungen über diese Vorschläge bereit, weil er die Ministerpräsidenten-Konferenz als ersten Schritt auf diesem Wege zur bundesstaatlichen Zergliederung Deutschlands betrachtete. Diesem Zwecke sollte auch die beabsichtigte Schaffung eines Sekretariats der Ministerpräsidenten als ständige Einrichtung dienen.

*Die Münchener Konferenz hätte dem deutschen Volke nur einen Nutzen bringen können, wenn die dort vertretenen Ministerpräsidenten von Beginn an eindeutig gegen jede bundesstaatliche Zerreißung Deutschlands, gegen die Schaffung des Zwei-Zonen-Wirtschaftsrates und für die Verständigung zwischen den demokratischen Parteien, Gewerkschaften und den anderen großen demokratischen Organisationen für die Bildung einer zentralen deutschen Verwaltung eingetreten wären. Statt dessen ist durch die Münchener Konferenz nicht mehr erreicht worden als die Annahme von elf Resolutionen an den Interalliierten Kontrollrat.*

Die Arbeitsgemeinschaft SED-KPD begrüßt daher, daß die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone diesen Kardinalpunkt an den Anfang der Konferenz stellen wollten. Sie haben mit der Forderung, die Einheit Deutschlands auf die Tagesordnung zu setzen, im gesamtdeutschen Interesse gehandelt. Sie verließen die Konferenz, nachdem sie erkannt hatten, daß bei Abwicklung der unabänderlichen Tagesordnung eine Enttäuschung und keine Hilfe für das deutsche Volk zu erwarten stand und ihre Anwesenheit nur noch zur Tarnung föderalistischer Pläne benutzt worden wäre.

Wir halten die Auffassung des Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone für richtig, daß die Parteien, Gewerkschaften und die anderen großen demokratischen Organisationen berufen sind, gesamtdeutsche Interessen zu vertreten, weil ihre politische Orientierung auf *gesamtdeutsche* und nicht auf einzelne *Länderinteressen*, wie das bei den Ministerpräsidenten der Fall ist, abgestellt ist. Solange es kein gesamtdeutsches Parlament gibt, sind die Parteien und Gewerkschaften berufen, zur Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit das deutsche Volk zu einer einheitlichen Willenskundgebung zu führen.

Die Arbeitsgemeinschaft SED-KPD erklärt ihre Zustimmung zu den nachfolgenden drei Hauptforderungen der Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone über den Kampf gegen die Wintersnot: